

Medienmitteilung

Vernehmlassung Stabilisierungsprogramm 2017- 2019

Bundesrat setzt zu wenig mutige Prioritäten - BDP will echte und nachhaltige Sparmassnahmen

Für die Bürgerlich-Demokratische Partei der Schweiz BDP ist das vom Bundesrat vorgeschlagene Stabilisierungsprogramm nur ein Stückwerk. Die Probleme im Finanzhaushalt lassen sich nur über weitere Effizienzsteigerungen und eine strategische Aufgabenprüfung durch eine verwaltungsunabhängige Stelle lösen.

Das vorgeschlagene Stabilisierungsprogramm machte seinem Namen wenig Ehre, weil es das Kostenwachstum lediglich begrenzt und am falschen Ort spart. So schadet z. B. die Schliessung von Zollstellen den KMU, was sich wiederum negativ auf den Wirtschaftsstandort und die Steuereinnahmen auswirkt.

Eine nachhaltige Stabilisierung beinhaltet aus Sicht der BDP zwei nachhaltige Schritte:

- **Massnahmen zur Effizienzsteigerung**, bei der die Verwaltung stärker als vom Bundesrat vorgeschlagen in die Pflicht genommen werden muss. Die BDP ist überzeugt, dass diese Massnahmeneruierung zur Effizienzsteigerung von einer verwaltungsunabhängigen Stelle durchgeführt werden sollte.
- **Strategische Aufgabenprüfung**, wie sie die Finanzkommission in ihrer [Motion](#) fordert. Eine solche Überprüfung erfordert die Hinterfragung des Leistungskatalogs und muss wiederkehrend erfolgen, um die Bundesfinanzen auch langfristig ins Lot zu bringen und unnötige Regulierungen abzubauen. Massnahmen mit derselben Stossrichtung hat die BDP ebenfalls bereits in ihrer [Motion](#) gefordert.

Zudem fordert die BDP einen vollständigen Verzicht auf Überbrückungsrenten beim Bundespersonal und ist überzeugt, dass im Bereich externer Dienstleistungen und Beratungsaufwände weiteres Sparpotential besteht. Im Agrarbereich braucht es Stabilität und Planungssicherheit für die Landwirtschaft; aber im administrativen Bereich sind Einsparungen möglich und vertretbar. Die BDP schlägt dazu einen runden Tisch zwischen Behörden und Landwirtschaftsvertretern vor.

Ebenfalls nicht einverstanden ist die BDP mit dem Umfang der vorgeschlagenen Kürzung im Bereich Bildung, Forschung und Innovation (BFI). Diese widersprechen den strategischen Prioritäten des Bundesrates, gefährden das Erfolgsmodell Schweiz und verstärken den Fachkräftemangel. Aus diesem Grund fordert die BDP eine Beschränkung der Kürzungen im BFI-Bereich auf 200 Millionen Franken.

Auskunft:

NR Martin Landolt, Präsident, 079 620 08 51

NR Urs Gasche, 079 222 55 79

14.03.2016